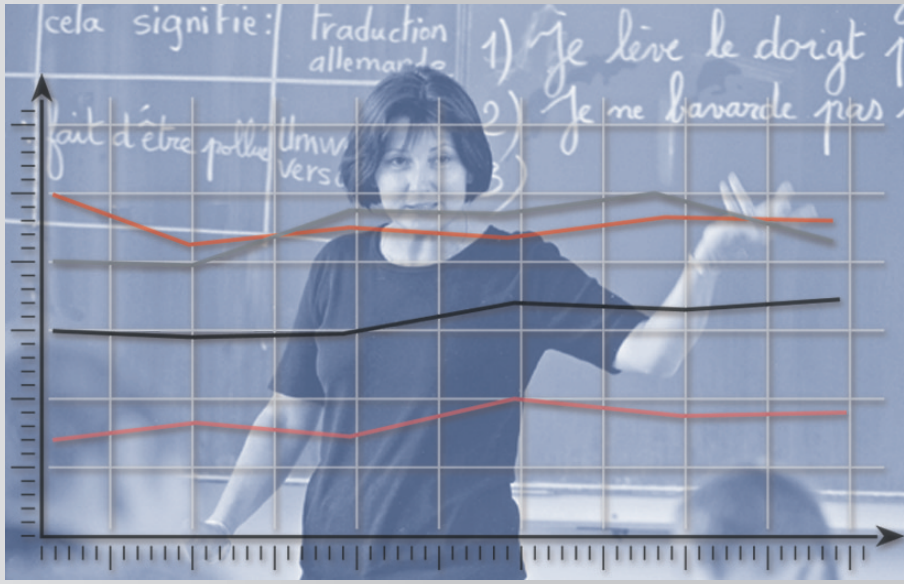
Prof. Dr. Klaus Klemm

Zur Entwicklung des Lehrerinnen- und Lehrerbedarfs

in Baden-Württemberg.

Perspektiven bis 2015

Wie viele Lehrer/innen braucht das Land?



GEW

Inhalt

Vorwort (Jürgen Borstendorfer) 3

Wie viele Lehrer/innen braucht das Land (Rainer Dahlem) 4

Zur Entwicklung des Lehrerinnen- und Lehrerbedarfs in Baden-Württemberg – Perspektiven bis 2015 (Prof. Dr. Klaus Klemm)

1. Zur Einleitung 7

2. Zur Entwicklung des Lehrerinnen- und Lehrerbedarfs (Status-quo-Variante) und der Bestandszahlen 8

3. Bedarfssteigernde Faktoren 12

4. Die Berechnung des gesamten Mehrbedarfs als Grundlage für weitere Prioritätensetzungen 17

Schlussfolgerungen (Rainer Dahlem) 19

Herausgeber:

GEW Baden-Württemberg

Silcherstr. 7

70176 Stuttgart

Tel. 0711/21030-0

Fax 0711/2103-45

E-Mail: land@bawue.gew.de

Homepage: www.bawue.gew.de

Inhalt:

Prof. Dr. Klaus Klemm

Rainer Dahlem

Jürgen Borstendorfer

Verantwortlich:

Rainer Dahlem

Gestaltung:

2und3d-design,

Weil der Stadt

Druck:

Druckerei Weinmann,

Filderstadt

November 2003

Vorwort

Die GEW Baden-Württemberg legt in Zusammenarbeit mit dem renommierten Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm von der Gesamthochschule Essen eine Expertise zur Entwicklung des Lehrer/innenbedarfs bis zum Jahr 2015 vor. Wir verfolgen damit das Ziel einer seriösen Diskussion und Auseinandersetzung über die Entwicklung des Stellenbedarfs im Schulbereich in den nächsten zwölf Jahren.

Schon vor Monaten überboten sich Politiker der Regierungsfraktionen mit Stelleneinsparungszahlen, die aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen in den nächsten Jahren problemlos zu realisieren seien.

Diese Diskussion unter rein fiskalischen Aspekten zu führen wäre fatal angesichts des schon erbrachten Sparbeitrags der Schulen in den vergangenen zehn Jahren. Heute leisten die auf 99.000 Stellen beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer die Arbeit, für die unter den Bedingungen des Jahres 1990 (vgl. Schüler-Lehrer-Relation) 110.000 Stellen notwendig wären.

Die rückläufigen Schülerzahlen müssen dazu genutzt werden, die Belastungssituation zu reduzieren und vor allem die auf die Schulen zukommenden neuen Aufgaben, z.B.

- Verbesserung des Übergangs aus den Kindertagesstätten in die Schulen
- Umgestaltung der Eingangsphase in den Grundschulen mit zusätzlicher durchgängiger Erteilung des Fremdsprachenunterrichts
- Ausweitung ganztägiger Angebote und entsprechende Umgestaltung der allgemein bildenden Schulen
- Weiterentwicklung der Förderkultur in allen Schularten
- Umgestaltung der gymnasialen Schulzeit mit gravierenden Folgerungen für die Umgestaltung der Lehrpläne

qualifiziert zu bewältigen.

Wir haben in Modellrechnungen das jeweilige Stellenvolumen dargestellt, das zur Fortentwicklung des Schulwesens unter den Gesichtspunkten Sicherung des Unterrichts, Förderung und Reformen notwendig wäre und wünschen uns seriöse Diskussionen darüber.

Herrn Prof. Dr. Klemm danken wir sehr herzlich für seine fundierte Aufarbeitung des Gesamtkomplexes.

Jürgen Borstendorfer
Geschäftsführer der GEW Baden-Württemberg

Wie viele Lehrer/innen braucht das Land?

oder: ***Der Lehrerinnen- und Lehrerbedarf ist manipulierbar!***

Betrachtet man die letzten 40 Jahre Schulpolitik in Baden-Württemberg, so gab es – neben vielen Diskussionen und Auseinandersetzungen über inhaltliche Fragen wie beispielsweise Lehrpläne, Schulstrukturen und Methoden – ein beherrschendes Thema, das sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahrzehnte zieht – die Frage nämlich „Wie viele Lehrerinnen und Lehrer braucht das Land?“

Die Auseinandersetzungen begannen in den 60er Jahren, als sich – durch Sputnik-Schock, steigende Schülerzahlen und die Expansion des Schulwesens – ein dramatischer Lehrermangel abzeichnete. In der Folge stieg die Zahl der Lehramtsstudierenden, jede Bewerberin/jeder Bewerber wurde eingestellt – mehr noch: der Staat reagierte mit Notprogrammen und Maßnahmen, den Beruf des Lehrers/der Lehrerin auch finanziell attraktiver zu machen.

Die Wende kam in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, als nicht mehr alle ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst des Landes übernommen wurden und eine lange Phase hoher Lehrerarbeitslosigkeit begann, die bekanntlich bis heute anhält.

Der deutliche Rückgang der Schülerzahlen ab 1980 war verbunden mit einer heftigen Debatte um die Frage, wie viele Stellen für Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr besetzt zu werden brauchen. Die Landesregierung plante insgesamt mindestens 10.000 Stellen wegfallen zu lassen. Ein beachtlicher Erfolg der GEW war es, dass bei weitem nicht so viele Stellen gestrichen wurden wie geplant, sondern ein Teil der durch den Schülerrückgang rechnerisch frei werdenden Stellen für pädagogische Verbesserungen eingesetzt werden konnten. Dies war auch bitter notwendig, denn nach den langen Jahren der „Überlast“ war eine Entlastung der Schulen mehr als überfällig.

Im Schuljahr 1989/90 hatte Baden-Württemberg die „relativ“ beste Unterrichtsversorgung – aus pädagogischer Sicht zwar noch lange nicht zufriedenstellend, aber immerhin besser als jemals zuvor. Dennoch weigerte sich die Landesregierung von Baden-Württemberg, auch Lehrerinnen und Lehrer an der in allen anderen Bereichen stattfindenden Arbeitszeitverkürzung zu beteiligen. Mussten in den 70er Jahren die steigenden Schülerzahlen und der Ausbau des Schulwesens als Begründung herhalten, so waren es die leeren Staatskassen in den 80er Jahren.

Anfang der 90er Jahre kippte die Situation erneut. Die Schülerzahlen stiegen wieder und es gelang der GEW durch massiven öffentlichen Druck, dafür zu sorgen, dass in Baden-Württemberg – anders als in anderen Bundesländern – ab Mitte der 90er Jahre wieder neue Stellen geschaffen und mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wurden.

Mit dem „Kienbaum-Gutachten“[1)] im Rücken forderte die GEW vor der Landtagswahl 1996 für den Zeitraum 1995 bis 2005 insgesamt 16.000 zusätzliche Stellen. Dieses Ziel wurde zwar nicht erreicht – trotzdem kann sich die Zahl sehen lassen. Von 1995 bis 2006 wurden

[1)] *Die Unternehmensberatung Kienbaum hatte 1995 in einem Gutachten „Zur Optimierung des Ressourceneinsatzes im Schulbereich“ im Auftrag der Landesregierung errechnet, dass bis 2005 16.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen, um den Status quo der Unterrichtsversorgung zu halten.*

und werden über 10.000 Stellen neu geschaffen, allerdings zeichnet sich bereits jetzt ab, dass Ministerpräsident Teufel sein Wahlversprechen bricht, denn schon 2003 wurden 250 frei werdende Stellen nicht wieder besetzt.

Darüber hinaus ist es der GEW gelungen, für alle Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen durch das Vorgriffsstundenmodell eine dauerhafte Deputatserhöhung zu verhindern.

Wahr ist aber auch, dass der Stellenzuwachs mit den steigenden Schülerzahlen und den pädagogischen Reformen nicht Schritt gehalten hat. Mit anderen Worten: Die Unterrichtsversorgung hat sich in den 90er Jahren kontinuierlich verschlechtert. Genau an dieser Stelle setzt nun die von Prof. Dr. Klaus Klemm erstellte Prognose ein[2)]. Sie dient dazu, dass die einsetzende Diskussion, wie viele Lehrerstellen künftig gestrichen werden können, versachlicht wird. Die Prognose zeigt deutlich, dass pädagogische Verbesserungen nicht zum Nulltarif zu haben sind.

Allein die Wiederherstellung der Unterrichtsversorgung von 1990 würde dazu führen, dass in den nächsten Jahren keine einzige Stelle gestrichen werden kann, sondern alles in die Verbesserung der Unterrichtsversorgung gesteckt werden muss.

Wer zudem das Fremdsprachenlernen in der Grundschule einführen, wer Ganztagesangebote ausbauen und wer eine bessere Förderung benachteiligter Kinder realisieren will, muss dafür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Deshalb warnen wir vor einer Diskussion, in der der zu erwartende Schülerrückgang gleichgesetzt wird mit einem Rückgang an Lehrerstellen. Wenn wir wirklich Reformen wollen, dann müssen wir auch bereit sein, das dafür notwendige Geld zur Verfügung zu stellen.

Die Frage nach dem künftigen Lehrerinnen- und Lehrerbedarf kann also nicht nur auf der Grundlage der Schülerzahlenentwicklung beantwortet werden. Es müssen vielmehr alle Einflussfaktoren in den künftigen Bedarf eingerechnet werden – kleinere Klassen ebenso wie die notwendigen Zeitbudgets für Fördermaßnahmen und pädagogische Reformen. Nur dann wird es gelingen, die Qualität unserer Schulen nachhaltig zu verbessern.

Mit der Lehrerbedarfsprognose will die GEW Baden-Württemberg einen Beitrag zu dieser Diskussion leisten.

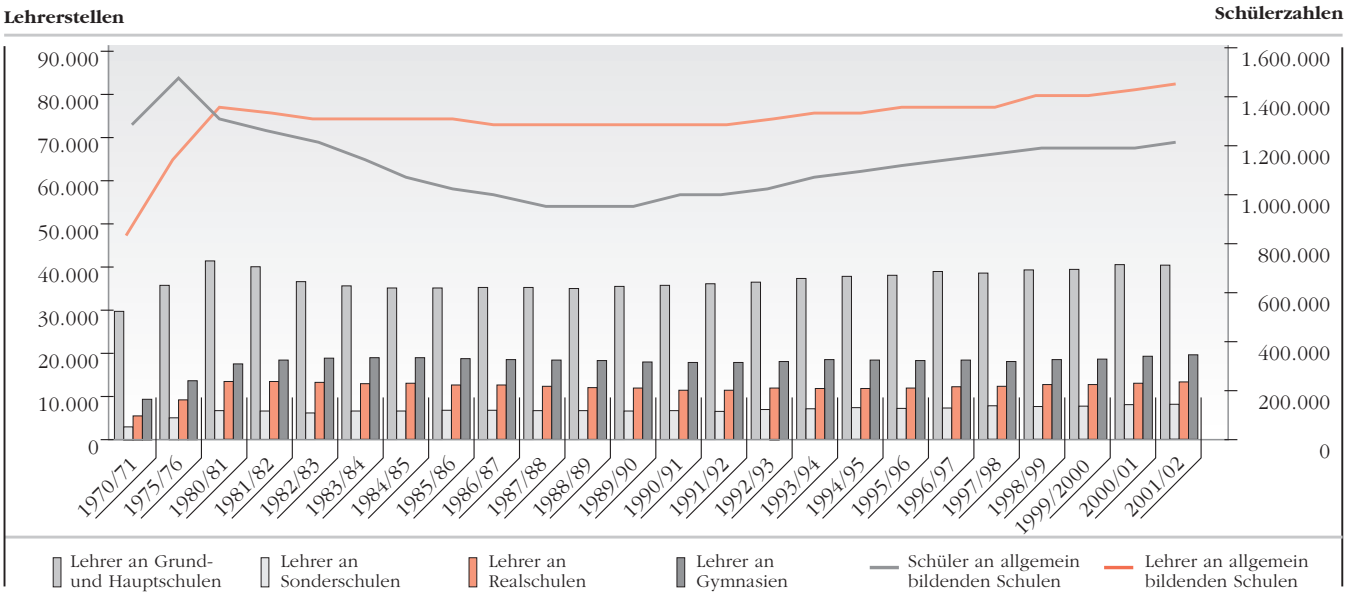
Rainer Dahlem
Landesvorsitzender der GEW Baden-Württemberg

2) *Prof. Dr. Klaus Klemm verwendet in seiner Expertise statistische Daten des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg und der Kultusministerkonferenz. Bedauerlich ist, dass – insbesondere bei der Zahl der Lehrerstellen – zu den Veröffentlichungen des Kultusministeriums Baden-Württemberg bzw. den im Haushaltsplan des Landes ausgewiesenen Lehrerstellen gewisse Differenzen bestehen. Dies kann u.U. damit zusammenhängen, dass in den jeweiligen Statistiken unterschiedliche Berechnungsgrundlagen verwendet werden. An den Ergebnissen der Expertise ändert dies jedoch nichts.*

*Langfristige **Entwicklung der Schülerzahlen** und **Lehrerstellen** in Baden-Württemberg an allgemein bildenden Schulen.*

*Langfristige Entwicklung der **Schülerzahlen** und **Lehrerstellen** in Baden-Württemberg an allgemein bildenden Schulen*

	1970/71	1975/76	1980/81	1982/83	1984/85	1986/87	1988/89	1990/91	1992/93	1994/95	1996/97	1998/99	2000/01	2001/02
Lehrer an allgemein bildenden Schulen (insg.)	**47.516**	**64.270**	**76.915**	**75.061**	**74.609**	**73.191**	**72.497**	**72.612**	**73.869**	**75.707**	**77.146**	**78.369**	**80.838**	**81.753**
Lehrer an Grund- und Hauptschulen	29.720	35.745	41.484	36.502	35.111	34.869	35.043	35.739	36.543	37.759	38.863	39.313	40.174	40.286
Lehrer an Sonderschulen	2.973	5.340	6.502	6.476	6.639	6.561	6.734	6.777	6.996	7.375	7.506	7.744	8.051	8.224
Lehrer an Realschulen	5.205	9.084	13.296	13.311	13.036	12.442	12.054	11.692	11.814	11.983	12.099	12.482	13.044	13.348
Lehrer an Gymnasien	9.594	13.515	17.665	18.759	18.899	18.496	18.092	17.915	18.037	18.137	18.258	18.429	19.164	19.497
Schüler an allgemein bildenden Schulen (insg.)	1.305.732	1.484.908	1.338.310	1.227.821	1.092.146	995.767	961.416	995.871	1.042.185	1.098.396	1.156.154	1.191.247	1.210.179	1.215.289



Prof. Dr. Klaus Klemm

Zur Entwicklung des Lehrerinnen- und Lehrerbedarfs in Baden-Württemberg.

Perspektiven bis 2015

Erstellt im Auftrag des Landesverbandes Baden-Württemberg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Essen, Sommer 2003

Zur Einleitung...

Sinkende Schülerzahlen

In den kommenden Jahren werden die Schülerzahlen in Baden-Württemberg deutlich zurückgehen: von knapp 1,7 Millionen im Schuljahr 2001/02 auf nur noch weniger als 1,5 Millionen im Schuljahr 2015/16. Dieser Rückgang auf 87,5 % vollzieht sich ausschließlich im Bereich der allgemein bildenden Schulen, in den Beruflichen Schulen werden die Schülerzahlen zunächst noch ansteigen und auch im Jahr 2015/16 noch leicht oberhalb der aktuellen Werte liegen. Die insgesamt jedoch erwartbare Verminderung der Zahlen der Schülerinnen und Schüler mag – zumal in Zeiten enger Spielräume bei der Gestaltung der öffentlichen Haushalte – dazu verführen, im Personalhaushalt der Schulen mittel- und langfristig nach Einsparmöglichkeiten zu suchen.

Sparbeitrag in den 90er Jahren

Angesichts einer derartigen Perspektive ist es erforderlich, auf zwei Aspekte der jüngeren und der künftigen Schulentwicklung in Baden-Württemberg aufmerksam zu machen: Zum einen muss erinnert werden, dass die Schulen des Landes während der neunziger Jahre einen erheblichen Sparbeitrag haben leisten müssen: Wenn die öffentlichen und privaten Schulen Baden-Württembergs im Schuljahr 2001/02 noch so wie 1990/91 mit Lehrern ausgestattet wären, wenn also die damaligen Schüler-Lehrer-Relationen konstant geblieben und nicht kontinuierlich verschlechtert worden wären, so müssten derzeit etwa 110.000 Stellen anstelle der tatsächlich nur verfügbaren gut 99.000 Lehrerstellen besetzt sein. Mit anderen Worten: Bei Erhaltung des Status quo der Unterrichtsversorgung des Jahres 1990 wären heute statt der 99.000 Stellen 110.000 Stellen notwendig.

Steigende Anforderungen

Zum anderen muss darauf hingewiesen werden, dass diese Verschlechterung der Personalausstattung der Schulen in den vergangenen Jahren und in Zukunft verstärkt von steigenden Anforderungen an die von den Schulen zu leistenden Aufgaben und mit wachsenden Ansprüchen gegenüber der Innovationskraft ihrer Kollegien verbunden war und ist: Schulen sollen – um nur einige wichtige Bereiche anzusprechen – den Übergang aus den Kindergärten in die Schule verbessern; in den Grundschulen soll nicht nur die Eingangsphase umgestaltet, sondern zusätzlich durchgängig Fremdsprachenunterricht erteilt werden; die ganztägigen Angebote der allgemein bildenden Schulen sollen ausgeweitet und pädagogisch gestaltet, zugleich soll die Förderkultur in allen Schulen weiter entwickelt werden; die gymnasiale Schulzeit wird auf acht Jahre verkürzt – mit all den Folgerungen für die Umgestaltung von Lehrplänen.

Datenbasis für Prioritätensetzungen

Diese wenigen, aus der Fülle der Erneuerungsvorhaben ausgewählten Beispiele zeigen: Die Zeit zurückgehender Schülerzahlen wird mit hohen Anforderungen an die Schulen einhergehen. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Passagen zu lesen: Zunächst wird die Lehrerstellen-Bedarfsentwicklung der öffentlichen und der privaten Schulen für den Zeitraum bis 2015 abgeschätzt – und zwar unter der Annahme konstanter Lehrerversorgungskennzahlen. Dem wird sodann eine Vorausschätzung über die Entwicklung der Lehrerbestandszahlen aufgrund des Ausscheidens von Lehrerinnen und Lehrern gegenübergestellt. Aus dem Vergleich beider Datengruppen ergibt sich das – in Stellen gerechnet – erwartbare Einstellungsvolumen bei konstant bleibenden Personalversorgungsrelationen. Daran schließen sich dann, untergliedert in drei größere Abschnitte, Modellrechnungen an, die den Personalbedarf, der sich aus der Erfüllung von in der Vergangenheit eingegangenen Verpflichtungen (Vorgriffsstundenmodell) und aus neu auf die Schule zukommenden Anforderungen abzuschätzen suchen. Die hierzu gehörenden drei Abschnitte sind überschrieben mit „Sicherung des Unterrichts", „Förderung" und „Reformen". Die darunter geordneten Modellrechnungen haben die Funktion, die personellen Konsequenzen einzelner Zusagen, Absichtserklärungen und Anforderungen darzustellen und in ihrem Stellenvolumen zu beziffern. Sie können der weiteren Diskussion um die Fortentwicklung des Schulwesens in Baden-Württemberg und Prioritätensetzungen eine zusätzliche Basis bieten.

2. Zur Entwicklung des Lehrerinnen- und Lehrerbedarfs (Status-quo-Variante) und der Bestandszahlen

Entwicklung der Schülerzahlen

In den allgemein bildenden Schulen des Landes ist die Schülerzahlenentwicklung – folgt man den vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Prognosen – während der kommenden Jahre durch einen unverkennbaren Rückgang geprägt (vgl. Tabelle 1).

In den Jahren von 2001/02 bis 2015/16 wird sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler von 1.296.000 auf 1.074.000 verringern. Innerhalb dieses Zeitraums werden die Zahlen bis 2005/06 in etwa stagnieren, um dann sehr schnell zu „schrumpfen". Der dabei zu beobachtende Rückgang auf nur noch 82,9 % des Ausgangsjahres vollzieht sich in den einzelnen Schularten zeitlich versetzt, im Bereich der Grundschulen ist er bereits im Gang. Von dieser Entwicklung unterschieden ist die in den Beruflichen Schulen: Dort werden die Schülerzahlen vom Ausgangswert 376.900 bis etwa zum Jahr 2010/11 noch auf 410.000 ansteigen und erst danach allmählich absinken. Aber auch im Schuljahr 2015/16 werden sie voraussichtlich noch über den aktuellen Ausgangswerten liegen.

Wenn man die Lehrerbedarfsentwicklung ausschließlich an den Schülerzahlen orientiert, wenn man also die durch Schüler-Lehrer-Relationen ausgedrückten Betreuungsrelationen über den gesamten Prognosezeitraum konstant hält und dann den Bedarf in Stellen (also durch Umrechnung von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung) ausdrückt, so ergibt sich die folgende, ebenfalls in Tabelle 1 differenziert wiedergegebene Stellenbedarfsentwicklung:

Tabelle 1: *Prognose der Schülerzahlen* und des Lehrerbedarfs - Status-quo-Variante* (in Stellen)*

Jahr		**2001/02** (Ist)	**2005/06**	**2010/11**	**2015/16**
Grundschule	S/L-Relation	22,2	22,2	22,2	22,2
	Schülerzahl	463.640	453.000	399.000	360.000
	Lehrerstellenbedarf	20.848	20.405	17.973	16.216
Schulkindergarten (SKG)	Lehrerstellenbedarf	1.373	1.340	1.180	1.040
	S/L-Relation	14,4	14,4	14,4	14,4
Hauptschule	Schülerzahl	214.758	211.000	199.000	176.000
	Lehrerstellenbedarf	14.912	14.653	13.819	12.222
Grund-/Hauptschule/SKG	Lehrerstellenbedarf	37.133	36398	32.972	29.478
Sonderschulen	S/L-Relation	5,3	5,3	5,3	5,3
	Schülerzahl	53.501	50.000	46.000	41.000
	Lehrerstellenbedarf	10.114	9.434	8.679	7.736
Realschule	S/L-Relation	19,4	19,4	19,4	19,4
	Schülerzahl	237.855	240.000	227.000	203.000
	Lehrerstellenbedarf	12.275	12.371	11.701	10.464
Abendrealschule	Lehrerstellenbedarf	63	60	60	60
Realschule/Abendrealschule	Lehrerstellenbedarf	12.338	12.431	11.761	10.524
Gymnasien	S/L-Relation	15,4	15,4	15,4	15,4
	Schülerzahl	300.906	313.000	301.000	273.000
	Lehrerstellenbedarf	19.594	20.325	19.545	17.727
Abendgymnasium/Kolleg (ZBW)	Lehrerstellenbedarf	157	160	160	160
Gymnasium/ZBW	Lehrerstellenbedarf	19.751	20.485	19.705	17.887
Schulen besonderer Art	S/L-Relation	11,5	11,5	11,5	11,5
(insbesondere Gesamtschule)	Schülerzahl	4.290	4.000	4.000	4.000
	Lehrerstellenbedarf	373	348	348	348
Waldorfschulen	S/L-Relation	14,3	14,3	14,3	14,3
	Schülerzahl	20.587	20.000	18.000	17.000
	Lehrerstellenbedarf	1.442	1.399	1.259	1.189
Allgemein bildende Schulen	**Schülerzahl**	**1.295.537**	**1.291.000**	**1.194.000**	**1.074.000**
	Lehrerstellenbedarf	**81.151**	**80.494**	**74.725**	**67.162**
Berufsschule Teilzeit	S/L-Relation	36,9	36,9	36,9	36,9
	Schülerzahl	213.330	225.000	237.000	226.000
	Lehrerstellenbedarf	5.777	6.098	6.423	6.125
BVJ-Vollzeit	S/L-Relation	10,3	10,3	10,3	10,3
	Schülerzahl	11.454	11.000	12.000	10.000
	Lehrerstellenbedarf	1.092	1.068	1.165	971
Berufsfachschulen/	S/L-Relation	13,1	13,1	13,1	13,1
Berufskollegs	Schülerzahl	93.816	99.000	98.000	93.000
	Lehrerstellenbedarf	7.152	7.557	7.481	7.099
Berufliche Gymnasien	S/L-Relation	13,6	13,6	13,6	13,6
	Schülerzahl	39.217	42.000	43.000	41.000
	Lehrerstellenbedarf	2.893	3.088	3.162	3.015
Berufsoberschulen	S/L-Relation	15,1	15,1	15,1	15,1
	Schülerzahl	1.751	2.000	2.000	2.000
	Lehrerstellenbedarf	116	132	132	132
Fachschulen	S/L-Relation	14,3	14,3	14,3	14,3
	Schülerzahl	17.325	16.000	18.000	18.000
	Lehrerstellenbedarf	1.210	1.119	1.259	1.259
Berufliche Schulen	Schülerzahl	376.893	395.000	410.000	390.000
	Lehrerstellenbedarf	18.240	19.062	19.622	18.601
Schulen insgesamt	**Schülerzahl**	**1.672.430**	**1.686.000**	**1.604.000**	**1.464.000**
	Lehrerstellenbedarf	**99.391**	**99.557**	**94.346**	**85.763**

**vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Das Bildungswesen 2002. Stuttgart 2003, S. 63 und S. 85*

KMK: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1992 bis 2001. Bonn 2002

Sinkende Schülerzahlen

Der Stellenbedarf geht dann gegenüber dem Ausgangswert von 99.391 auf knapp 85.800 zurück – bei Stagnation bis etwa 2005/06 und dann schnell einsetzendem Absinken. Diese Bedarfsentwicklung verläuft im Bereich der allgemein bildenden Schulen deutlich anders als in dem der Beruflichen Schulen. Während der Stellenbedarf der Beruflichen Schulen von dem Bestandswert 18.240 ausgehend bis 2010/11 noch auf etwa 19.600 ansteigt und danach erst allmählich zu sinken beginnt, geht der Stellenbedarf der allgemein bildenden Schulen schon jetzt zurück:

***Tabelle 2:** Prognose der Schülerzahlen* und des Lehrerbedarfs - Variante S/L-Relationen 1990** (in Stellen)*

Jahr		**2001/02** (Ist)	**2005/06**	**2010/11**	**2015/16**
Grundschule	S/L-Relation	21,2	21,2	21,2	21,2
	Schülerzahl	463.640	453.000	399.000	360.000
	Lehrerstellenbedarf	21.870	21.368	18.821	16.981
Schulkindergarten (SKG)	Lehrerstellenbedarf	1.373	1.340	1.180	1.040
	S/L-Relation	13,8	13,8	13,8	13,8
Hauptschule	Schülerzahl	214.758	211.000	199.000	176.000
	Lehrerstellenbedarf	15.562	15.290	14.420	12.754
Grund-/Hauptschule/SKG	Lehrerstellenbedarf	38.805	37.998	34.421	30.775
Sonderschulen	S/L-Relation	5,3	5,3	5,3	5,3
	Schülerzahl	53.501	50.000	46.000	41.000
	Lehrerstellenbedarf	10.095	9.434	8.679	7.736
Realschule	S/L-Relation	15,7	15,7	15,7	15,7
	Schülerzahl	237.855	240.000	227.000	203.000
	Lehrerstellenbedarf	15.150	15.287	14.459	12.930
Abendrealschule	Lehrerstellenbedarf	63	60	60	60
Realschule/Abendrealschule	Lehrerstellenbedarf	15.213	15.347	14.519	12.990
Gymnasien	S/L-Relation	12,5	12,5	12,5	12,5
	Schülerzahl	300.906	313.000	301.000	273.000
	Lehrerstellenbedarf	24.072	25.040	24.080	21.840
Abendgymnasium/Kolleg (ZBW)	Lehrerstellenbedarf	157	160	160	160
Gymnasium/ZBW	Lehrerstellenbedarf	24.229	25.200	24.240	22.000
Schulen besonderer Art	S/L-Relation	11,3	11,3	11,3	11,3
(insbesondere Gesamtschule)	Schülerzahl	4.290	4.000	4.000	4.000
	Lehrerstellenbedarf	380	354	354	354
Waldorfschulen	S/L-Relation	13,1	13,1	13,1	13,1
	Schülerzahl	20.587	20.000	18.000	17.000
	Lehrerstellenbedarf	1.572	1.527	1.374	1.298
Allgemein bildende Schulen	**Lehrerstellenbedarf**	**90.293**	**89.859**	**83.587**	**75.152**
Berufsschule Teilzeit	S/L-Relation	38,1	38,1	38,1	38,1
	Schülerzahl	213.330	225.000	237.000	226.000
	Lehrerstellenbedarf	5.599	5.906	6.220	5.932
BVJ-Vollzeit	S/L-Relation	8,6	8,6	8,6	8,6
	Schülerzahl	11.454	11.000	12.000	10.000
	Lehrerstellenbedarf	1.332	1.279	1.395	1.163
Berufsfachschulen/	S/L-Relation	11,9	11,9	11,9	11,9
Berufskollegs	Schülerzahl	93.816	99.000	98.000	93.000
	Lehrerstellenbedarf	7.884	8.319	8.235	8.235
Berufliche Gymnasien	S/L-Relation	12,2	12,2	12,2	12,2
	Schülerzahl	39.217	42.000	43.000	41.000
	Lehrerstellenbedarf	3.215	3.443	3.525	3.361
Berufsoberschulen	S/L-Relation	14,6	14,6	14,6	14,6
	Schülerzahl	1.751	2.000	2.000	2.000
	Lehrerstellenbedarf	120	137	137	137
Fachschulen	S/L-Relation	12,5	12,5	12,5	12,5
	Schülerzahl	17.325	16.000	18.000	18.000
	Lehrerstellenbedarf	1.386	1.280	1.440	1.440
Berufliche Schulen	Lehrerstellenbedarf	19.535	20.364	20.953	19.847
Schulen insgesamt	**Lehrerstellenbedarf**	**109.828**	**110.223**	**104.540**	**95.000**

**vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Das Bildungswesen 2002. Stuttgart 2003, S. 63 und S. 85*

***vgl. KMK: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1990 bis 1999. Bonn 2000*

vom Ausgangswert 81.151 auf knapp 80.500 im Jahr 2005/06 und nur noch knapp 67.200 im Schuljahr 2015/16. Dieser Rückgang vollzieht sich bei den einzelnen Schularten des allgemein bildenden Schulwesens zeitlich versetzt. Im Schulwesen des Landes insgesamt ergibt sich damit die beschriebene Lehrerstellen-Bedarfsminderung.

Prognose auf der Basis des Jahres 1990

Die in der Status-quo-Variante der Bedarfsentwicklung zum Ausdruck kommende Bedarfsminderung vollzieht sich deshalb auf einem insgesamt niedrigen Niveau, weil die Personalrichtwerte, die Schüler-Lehrer-Relationen, während der neunziger Jahre deutlich verschlechtert wurden. Wenn heute noch die Relationen des Jahres 1990/91 Gültigkeit hätten, so würden anstelle der jetzt 99.391 mit 109.828 mehr als 10.000 Stellen zusätzlich benötigt, dann müssten im Schuljahr 2015/16 anstelle der in der Status-quo-Variante angenommenen gut 85.800 etwa 95.000 Stellen besetzt sein (vgl. dazu Tabelle 2). Diese nahezu 10.000 Stellen stehen für den Beitrag, den die Schulen Baden-Württembergs in den vergangenen Jahren zur Begrenzung der öffentlichen Ausgaben erbracht haben.

Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern steigt

Der Status-quo-Vorausschätzung des Lehrerstellen-Bedarfs für die jeweiligen Prognoseeckjahre ist die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer bzw. die Zahl der von ihnen besetzten Stellen gegenüberzustellen. Aus dem Vergleich beider Daten ergibt sich dann für die einzelnen Jahre das bis dahin zur Bedarfsdeckung erforderliche Stellenbesetzungsvolumen. Die dazu ermittelten Bestandsdaten, die in Tabelle 3 wiedergegeben werden, wurden auf die folgende Weise berechnet:
Zunächst wurde die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, nach Altersgruppen ausdifferenziert, für das Schuljahr 2001/02 aus der vom Statistischen Landesamt publizierten Schulstatistik übernommen. Die dazu verfügbaren Daten ordnen die Lehrenden nicht nach Schularten, sondern nach ihren in der Ausbildung erworbenen Lehramtsqualifikationen. Die Zahlen der Lehrenden wurden dann umgerechnet in Stellenzahlen (dabei werden z.B. zwei Lehrende mit jeweils fünfzigprozentigem Beschäftigungsumfang in eine Stelle umgerechnet). Aus diesen Umrechnungen und aus der erforderlichen Zurechnung von Lehrenden nach Lehrämtern zu Stellen an Schularten ergeben sich Ungenauigkeiten, die dazu führen, dass die Zahl der Stellen nach Schularten in Tabelle 1 (insgesamt: 99.391) nicht genau übereinstimmt mit der Stellenzahl der Lehrenden nach Lehrämtern (insgesamt: 99.610). Diese Abweichung von 219 Stellen bewegt sich allerdings angesichts des Zwecks der hier vorgelegten Abschätzung in einem tolerablen Bereich.

Generationswechsel an den Schulen

Ausgehend von den so ermittelten Bestandswerten wurde die Bestandsentwicklung abgeschätzt, die Entwicklung, die sich ergeben würde, wenn in den Jahren bis 2015/16 Lehrende aus dem Schuldienst ausscheiden würden, ohne dass neue Lehrkräfte eingestellt würden. Vorausgeschätzt wurde also der für einzelne Eckjahre erwartete „Restbestand“: Diese Vorausschätzung orientiert sich hinsichtlich des Ausscheideverhaltens und der unterschiedlichen Begründungen dafür (Ausscheiden mit 65, Ausscheiden mit 63, Ausscheiden vor Erreichen des 63. Lebensjahres usw.) an Werten aus den vergangenen Jahren. Daraus ergibt sich eine unvermeidbare Ungenauigkeit, da dieses Ausscheideverhalten durch zahlreiche in ihren Auswirkungen nicht berechenbare Faktoren beeinflusst wird (z. B. durch Veränderungen der Pensionsabschläge bei Ausscheiden vor Erreichen des Pensionsalters).

Ob das neuerdings bundesweit und auch in Baden-Württemberg beobachtete Ansteigen des durchschnittlichen Pensionierungsalters einen dauerhaften Trend anzeigt oder aber nur Folge der Tatsache ist, dass in den vergangenen Jahren verstärkt Lehrende in den Ruhestand eingetreten sind (zu einem Zeitpunkt, zu dem dies noch nicht mit ‚Abzügen' verbunden war, zu dem aber bereits bekannt war, dass dies in der Zukunft Abzüge nach sich ziehen würde) muss einstweilen unentschieden bleiben.
Die Gegenüberstellung der für die einzelnen Eckjahre erwarteten Bedarfszahlen mit den für diese Jahre vorausgeschätzten ‚Restbeständen' ermöglicht die Abschätzung des Einstellungsvolumens bis zu dem jeweiligen Jahr.

Tabelle 3: *Entwicklung des Lehrerstellenbedarfs (Status-quo-Variante) und des Lehrerbestandes (in Stellen nach Lehrämtern) ohne Ersatzeinstellungen*

Schulart	2001/02**	2005/06			2010/11			2015/16		
	Bestand	Bedarf	Bestand	Differenz	Bedarf	Bestand	Differenz	Bedarf	Bestand	Differenz
Grund- und Hauptschule*	38.043	37.272	32.560	-4.712	33.776	23.805	-9.971	30.247	12.639	-17.608
Sonderschulen	10.141	9.434	9.177	-257	8.679	7.528	-1.151	7.736	5.206	-2.530
Realschule*	12.871	12.955	11.253	-1.702	12.243	8.693	-3.550	10.985	5.042	-5.943
Gymnasium*	20.271	20.834	16.856	-3.978	20.026	12.116	-7.910	18.194	6.348	-11.846
Berufliche Schulen	18.284	19.062	15.954	-3.108	19.622	12.538	-7.084	18.601	8.422	-10.179
insgesamt	**99.610**	**99.557**	**85.800**	**-13.757**	**94.346**	**64.680**	**-29.666**	**85.763**	**37.657**	**-48.106**

**einschließlich von 50% (Grund-Hauptschule), 30% (Realschule) und 20% (Gymnasium) des Stellenbedarfs und -bestandes der Gesamtschulen und Waldorfschulen*

***Die Abweichungen beim Stellenbestand 2001/02 gegenüber Tabelle 1 ergeben sich daraus, dass hier die Bestandsdaten nach dem Alter der Lehrenden zugrundegelegt wurden (Personenzählung mit kleineren Unregelmäßigkeiten bei der Umrechnung in Lehrerstellen) und dass die Lehrenden an Gesamtschulen und Waldorfschulen hier anderen Schularten zugeordnet wurden.*

Wenn man die auf diese Weise gewonnenen Werte (vgl. Tabelle 3) analysiert, so ergibt sich das folgende Gesamtbild: Von 2001/02 bis zum Jahr 2015/16 verringert sich der Lehrerbestand des Landes (gerechnet in besetzten Stellen) um etwa 62.000 von knapp 97.000 auf knapp 38.000, also auf etwa 38 %. Etwa 6 von 10 im öffentlichen und privaten Schuldienst besetzten Stellen werden in den Jahren bis 2015/16 frei. Aufgrund der unterschiedlichen altersstrukturellen Zusammensetzung und der Unterschiede bei der Wahl des Zeitpunkts des Verlassens des Schuldienstes der Lehrenden der unterschiedlichen Lehrämter unterscheiden sich die Anteile der ausscheidenden Lehrenden in den einzelnen Lehrämtern deutlich voneinander: Im Bereich des Lehramtes für Grund- und Hauptschulen scheiden besonders hohe, in dem für das Lehramt für Berufliche Schulen eher geringere Anteile aus.
Eine Gegenüberstellung des ‚Restbestandes' im Schuljahr 2015/16 mit dem für dieses Schuljahr in der Status-quo-Variante ermittelten Bedarf verweist für den Zeitraum bis 2015/16 auf ein Einstellungsvolumen in Höhe von etwa 48.000 (vgl. Spalte ‚Differenz' in Tabelle 3).

3. Bedarfssteigernde Faktoren

Schülerrückgang für pädagogische Verbesserungen nutzen

Dieses Einstellungsvolumen erhöht sich in dem Maße, in dem in den folgenden Jahren die Bedarfsgrundlage der Status-quo-Variante verändert wird, in dem also einzelne Maßnahmen als bedarfssteigernd in den Landeshaushalt einfließen. Die Durchmusterung derartiger bedarfssteigernder Faktoren erfolgt im Folgenden nach drei Bereichen unterteilt: Betrachtet werden zunächst Maßnahmen zur Sicherung des Unterrichts, sodann Maßnahmen, die auf eine verbesserte Förderung der Schülerinnen und Schüler abzielen und schließlich solche, die im engeren Sinn mit Reformvorhaben in Baden-Württemberg verbunden sind.

Aus dem Bereich unterrichtssichernder Maßnahmen werden im Folgenden die Konsequenzen für den Stellenbedarf, die sich aus dem Auslaufen des Vorgriffsstundenmodells, der Einführung

einer Klassenleitungsstunde, der Sicherung von 13 Wochenstunden Berufsschulunterricht und einer angemessenen Vertretungsreserve ergeben, dargestellt.

Auslaufen des Vorgriffsstundenmodells

Im Bereich der Grund- und Hauptschulen, der Realschulen und der Sonderschulen lief die Ansparphase mit dem Schuljahr 2003 aus (vgl. zu den folgenden Ausführungen Tabelle 4). Von diesem Zeitpunkt an erbringen die in diesen Schularten tätigen Lehrerinnen und Lehrer der betroffenen Altersgruppen durch ihre Rückkehr zum Normaldeputat weniger Unterrichtsstunden. Vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport wird das dadurch entfallende Unterrichtsvolumen auf 1.100 Stellen geschätzt. (Eine durch den Gutachter vorzunehmende Berechnung ist nicht möglich, da dazu nicht zugängliche Basisdaten erforderlich sind.) Diese Stellen müssen dauerhaft zusätzlich geschaffen werden, wenn das insgesamt erbrachte Unterrichtsvolumen nicht verkleinert werden soll. Beginnend mit dem Schuljahr 2008 erhalten die betroffenen Lehrenden die von ihnen dem Land ‚geliehenen' Unterrichtsstunden über fünf Jahre verteilt zurück. Dies erfordert für einen fünfjährigen Zeitraum ab 2008/09 noch einmal 1.100 zusätzliche Stellen.

***Tabelle 4:** Lehrerstellen-Bedarfsermittlung für das Auslaufen des Vorgriffsstundenmodells*

Phase	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Sonderschule	**insgesamt**
ab 2003/04 (dauerhafte Rückkehr zum Normaldeputat)	430	290	100	280	**1.100**
2008/09 bis 2012/13 (fünfjährige Rückgabephase)	430	290	100	280	**1.100**

Quelle: Berechnungen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport (vgl. Landtagsdrucksache 13/371 vom 25.10.2001)

Klassenleitungsstunden

Wenn für jede Klasse bzw. für jede ‚fiktive' Klasse in den nach dem Kurssystem arbeitenden Oberstufen jeweils eine Klassenleitungsstunde verfügbar wäre, damit die wesentlichen Aufgaben der über die reine Unterrichtstätigkeit hinausgehenden Klassenleitungsfunktion nicht zu Lasten des Unterrichts erfolgt, so erfordert dies – berechnet auf der Basis des Jahres 2001/02 – zusätzlich fast 3.400 Stellen (vgl. Tabelle 5).

***Tabelle 5:** Lehrerstellen-Bedarfsermittlung für Klassenleitungsstunden (Datenbasis 2001/02)*

	Grund-schule	Haupt-schule	Real-schule	Sonder-schulen	Gymnasium		Fachgym-nasium**	Berufliche Schulen	**insgesamt**
					SI***	SII*			
Zahl der gebildeten Klassen/Kurse*	20.976	10.149	8.702	5.919	8.073	5.039	1.118	15.819	**75.795**
Stundenbedarf (1 Lehrerstunde je Klasse/Kurs)	20.976	10.149	8.702	5.919	8.073	5.039	1.118	15.819	**75.795**
tatsächlich erteilte Unterrichtsstunden je Stelle	23,4	23,4	23,9	23,3	20,7	20,7	20,9	20,9	
Zusatzbedarf Klassenleitung in Stellen	896	434	364	254	390	243	53	757	**3.392**

**bei 78.104 Schülerinnen und Schülern und einer fiktiven Klassenfrequenz von 15,5 (durchschnittliche Kursfrequenz von Grund- und Leistungskursen der gymnasialen Oberstufen)*

***bei 17.325 Schülerinnen und Schülern und einer fiktiven Klassenfrequenz von 15,5 (durchschnittliche Kursfrequenz von Grund- und Leistungskursen der gymnasialen Oberstufen)*

****Geschätzt, da in der KMK-Veröffentlichung (KMK 2002, S. 154) ein offensichtlicher Druckfehler vorliegt.*

Diese Zahl würde sich dann nach 2005 leicht verringern, wenn der Rückgang der Schülerzahlen nicht für verkleinerte Klassen, sondern für eine Verringerung der Klassenzahlen genutzt werden würde. Bei der Berechnung in Tabelle 5 wurde so verfahren, dass in einem ersten Schritt (Zeile 2 der Tabelle) der zusätzliche Stundenbedarf ermittelt wurde. In einem zweiten Schritt (Zeile 3 dieser Tabelle) wurde diese Stundenzahl zur Ermittlung des Stellenbedarfs durch die Stundenzahl dividiert, die in Baden-Württemberg im Schuljahr 2001/02 von den Inhabern einer vollen Stelle im Durchschnitt wöchentlich unterrichtet werden. Entsprechend wurde auch in den folgenden Einzelberechnungen verfahren.

Sicherung von 13 Wochenstunden Berufsschulunterricht

Die von der Landesregierung in der Stundentafel vorgesehene Zahl von 13 Wochenstunden Berufsschulunterricht für alle Schülerinnen und Schüler, die eine Ausbildung im Dualen System absolvieren, ist noch lange nicht erreicht (vgl. dazu Tabelle 6).

Ausweislich der Landtagsdrucksache 13/837 vom 8.3.2002 erhält unter den dort angeführten 8.329 Klassen nur eine Minderheit von 1.142 Klassen 13 oder mehr Wochenstunden Berufsschulunterricht. Wenn für diese Klassen das deklarierte Ziel „13 Wochenstunden" durchgesetzt würde, so wären dazu knapp 800 zusätzliche Stellen erforderlich. Tatsächlich dürfte der Zusatzbedarf eher noch höher liegen, weil die Zahl der im Land gebildeten Berufsschulklassen mit 10.180 höher als die in der angeführten Landtagsdrucksache genannte Zahl von 8.329 liegt.

***Tabelle 6:** Lehrerstellen-Bedarfsermittlung für 13 wöchentliche Unterrichtsstunden je Klasse der Teilzeitberufsschule (Datenbasis 2001/02)*

Wochenstunden je Klasse*	Zahl der Klassen 2001/02	Mehrbedarf in Stunden bei 13 Stunden je Klasse**	tatsächlich erteilte Unterrichtsstunden je Stelle	Mehrbedarf in Stellen
13 und mehr	1.142	0		
12	2.106	2.106		
11	2.441	4.882		
10	1.856	5.568		
9	495	1.980		
8 und weniger	289	1.445		
insgesamt***	8.329	15.981	20,9	765

**Quelle: Landtagsdrucksache 13/837 vom 8.3.2002 **Die Klassen mit mehr als 13 und weniger als 8 Stunden werden wie Klassen mit 13 und 8 Stunden berücksichtigt ***Ausweislich der Angaben des Statistischen Landesamtes (Das Bildungswesen in Baden-Württemberg 2002, S. 74) wurden im Schuljahr 2001/02 insgesamt 10.180 Klassen an den Berufsschulen geführt.*

Vertretungsreserve

Die für das Schuljahr 2001/02 durchgeführte Untersuchung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport ergab an den untersuchten Schulen während der 10. Unterrichtswoche einen Unterrichtsausfall von 4,2 %. Wenn zur Sicherung des Unterrichts in allen denkbaren Situationen des Unterrichtsausfalls eine ständig verfügbare Unterrichtsreserve von 5 % der Stellen verfügbar wäre, so ergäbe dies für das Jahr 2005/06 einen zusätzlichen Stellenbedarf von knapp 5.000 Stellen; in den Jahren danach würde dieser Zusatzbedarf in Folge des Rückgangs der Schüler- und Lehrerbedarfszahlen auf etwa 4.200 zurückgehen (vgl. Tab.7).

Tabelle 7:** Lehrerstellen-Bedarfsermittlung für die Vertretungsreserve (5% der Stellen)*

		2001/02 (Ist)	2005/06	2010/11	2015/16
Grundschule	Grundbedarf	20.848	20.405	17.973	16.216
	Reserve*	1.042	1.020	899	811
Hauptschule	Grundbedarf	14.912	14.653	13.819	12.222
	Reserve*	746	733	691	611
Grund- und Hauptschule	Grundbedarf	35.760	35.058	31.792	28.438
	Reserve*	1.788	1.752,9	1.589,6	1.421,9
Sonderschule	Grundbedarf	10.114	9.434	8.679	7.736
	Reserve*	506	472	434	387
Realschule**	Grundbedarf	12.388	12.431	11.761	10.524
	Reserve*	619	622	588	526
Gymnasium**	Grundbedarf	19.751	20.485	19.705	17.887
	Reserve*	988	1.024	985	894
Schulen besonderer Art	Grundbedarf	373	348	348	348
	Reserve*	19	17	17	17
Waldorfschulen	Grundbedarf	1.442	1.399	1.259	1.189
	Reserve*	72	70	63	59
Berufliche Schulen	Grundbedarf	18.240	19.062	19.622	18.601
	Reserve*	912	953	981	930
insgesamt	Reserve*	4.903	4.911	4.658	4.236

**für das Schuljahr 2003/04 im Organisationserlaß vorgesehene Stellenzahl **einschließlich Abendrealschule, Abendgymnasium und Kolleg ***Ausweislich der Auskunft des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport (Landtagsdrucksache 13/1017 vom 16.5.02) fielen im Schuljahr 2001/02 in der 10. Woche im Durchschnitt aller Schulen des Landes 4,2% der Unterrichtsstunden aus.*

Verbesserung der Förderung von Schülerinnen und Schülern

Aus der Fülle der Maßnahmen, die einer verbesserten Förderung der Schülerinnen und Schüler dienen, werden im Folgenden die Verkleinerung der Klassenfrequenzen in den Grund- und Hauptschulen, den Realschulen, den gymnasialen Klassen der Sekundarstufe I und den Berufsschulen (mit Ausnahme der beruflichen Gymnasien) in ihrer Bedarfswirksamkeit berechnet.

Verringerung der Klassenfrequenzen

In den Grund-, Haupt- und Berufsschulen erscheinen die durchschnittlichen Klassenfrequenzen (nur) auf den ersten Blick akzeptabel. Tatsächlich ergeben sich diese Durchschnittswerte jedoch aus den – politisch gewollten – Klein- und Kleinstschulen in Baden-Württemberg, die durchweg erheblich geringere Frequenzen aufweisen und daher den Durchschnittswert nach unten drücken. Probleme bereiten hier die Klassen, deren Frequenzwerte deutlich oberhalb der Durchschnittsfrequenzen liegen. Diese Probleme stellen sich in den Realschulen und Gymnasien (Klassen 5 bis 10) schärfer, da in diesen Schularten die Durchschnittsfrequenzen bei 27,3 bzw. bei 27,6 liegen. Da es nicht möglich ist, den Stellenbedarf zu ermitteln, dessen Deckung zur Vermeidung des Überschreitens eines Höchstwertes erforderlich wäre (dazu sind standortspezifische Analysen notwendig), wird der Zusatzbedarf errechnet, der sich ergibt, wenn die Durchschnittsfrequenz in den Grund-, Haupt- und Berufsschulen um einen Schüler und die Durchschnittsfrequenz in den Realschulen und Gymnasien um zwei Schüler abgesenkt würde. Die dazu bereitzustellenden Stellen müssten dann gezielt zur Vermeidung größerer Klassen eingesetzt werden. Tabelle 8 weist aus, dass – bezogen auf das Basisjahr 2001/02 – dazu, mit fallender Tendenz, knapp 4.000 zusätzliche Stellen erforderlich wären.

Tabelle 8: *Verringerung der Klassenfrequenzen (Datenbasis 2001/02)*

Schulart	Durchschnitts-frequenz 2001/02	angestrebte Frequenz-minderung	Lehrer je Klasse	Anzahl der Klassen	Anzahl der Schüler	Anzahl der Klassen bei Frequenzminderung	zusätzlich zu bildende Klassen	Lehrerstellen-Mehrbedarf
Grundschule	22,1	1	0,99	20.976	463.640	21.973	997	987
Hauptschule	21,2	1	1,47	10.149	214.758	10.632	483	709
Realschule	27,3	2	1,41	8.702	237.855	9.401	699	986
Gymnasium SI*	27,6	2	1,51	8.073	222.802	8.703	630	952
Berufsschulen**	21,4	1	0,97	15.819	329.908	16.172	353	342
insgesamt				**63.719**	**1.468.963**	**66.882**	**3.163**	**3.977**

**geschätzt, da in der KMK-Veröffentlichung (KMK 2002, S. 154) ein offensichtlicher Druckfehler vorliegt*

***ohne berufliche Gymnasien, eigene Berechnung nach KMK 2002 und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2003*

Kooperation Grundschule/Kindergarten

Die insbesondere im Verlauf der pädagogischen Debatte zu den Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie angemahnte Verbesserung der Kooperation zwischen den abgebenden Kindergärten und den aufnehmenden Grundschulen erfordert zusätzliche Personalressourcen: Wenn jeder Lehrer bzw. jede Lehrerin, die – bzw. der im jeweils kommenden Schuljahr eine Eingangsklasse an einer Grundschule leitet, eine Kooperationsstunde erhalten würde, so ergäbe dies, bei leicht fallender Tendenz, auf der Datenbasis 2001/02 einen zusätzlichen Stellenbedarf von etwa 200 Stellen (vgl. dazu Tabelle 9).

Tabelle 9: *Kooperation Grundschule/Kindergarten (Datenbasis 2001/02)*

	2001/02
Zahl der zu bildenden Eingangsklassen*	4.986
Kooperationsstunden je Eingangsklasse	1
Kooperationsstunden insgesamt	4.986
tatsächlich erteilte Unterrichtsstunden je Stelle	23,4
Zusatzbedarf Kooperation	**213**

**geschätzt auf der Basis der Schülerzahl 110.193 und der Durchschnittsfrequenz der Grundschule (22,1)*

Kooperation zwischen Grund- und Hauptschulen und Sonderschulen

Wenn zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Grund- und Hauptschulen einerseits und Sonderschulen andererseits und insbesondere auch zur Steigerung der Chance, aus Sonderschulen den Weg zurück in Grund- und Hauptschulen zu finden, für jede an Grund- und Hauptschulen gebildete Klasse zwei Kooperationsstunden verfügbar wären (zugewiesen gleichermaßen an die Sonderschulen und an die Grund- und Hauptschulen), so ergäbe dies auf der Datenbasis 2001/02 (vgl. Tabelle 10) einen Stellenmehrbedarf – wiederum mit leicht zurückgehender Tendenz – in Höhe von knapp 2.700 Stellen.

Tabelle 10: *Kooperation Grund- und Hauptschule/Sonderschulen (Datenbasis 2001/02)*

	2001/02
Zahl der Grund- und Hauptschulklassen	31.125
Kooperationsstunden je Klasse	2
Kooperationsstunden insgesamt	62.250
tatsächlich erteilte Unterrichtsstunden je Stelle	23,4
Zusatzbedarf Kooperation	**2.660**

Reformvorhaben

Die zahlreichen größeren und kleineren Reformvorhaben, die Baden-Württemberg eingeleitet bzw. angekündigt hat, lassen sich ohne eine Unterfütterung durch zusätzliche Lehrerstellen nicht erfolgreich umsetzen. Der entsprechende Mehrbedarf wird im Folgenden mit Blick auf die Stärkung der Innovationskraft der Schulen, auf die Ausweitung ganztägiger Angebote, auf den Fremdsprachenunterricht in den Grundschulen sowie auf die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Schuljahre dargestellt.

Stärkung der Innovationskraft der einzelnen Schule

Auf die Schulen des Landes kommen in wachsendem Maße Aufgaben der Schulentwicklung zu – nicht zuletzt auch durch die Verstärkung der Selbständigkeit der einzelnen Schule. Diese Aufgaben erfordern ein hohes zusätzliches Zeitengagement der Lehrerinnen und Lehrer. Zur Sicherung der in diesem Rahmen anstehenden Aufgabenerfüllung und zum Ausgleich für den zusätzlich zu erbringenden zeitlichen Aufwand ergäbe die Bereitstellung von einer ‚Innovationsstunde' je gebildeter Klasse einen Stellenmehrbedarf in Höhe von etwa 3.400 Stellen, je nach Klassenfrequenzentwicklung mit leicht rückläufiger Tendenz (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: *Lehrerstellenbedarfsermittlung für Innovationsausgleich (Datenbasis 2001/02)*

	Grund-schule	Haupt-schule	Real-schule	Sonder-schulen	Gymnasium		Fachgym-nasium**	Berufliche Schulen	insgesamt
					SI***	SII*			
Zahl der gebildeten Klassen/Kurse*	20.976	10.149	8.702	5.919	8.073	5.039	1.118	15.819	75.795
Stundenbedarf (1 Lehrerstunden je Klasse/Kurs)	20.976	10.149	8.702	5.919	8.073	5.039	1.118	15.819	75.795
tatsächlich erteilte Unterrichtsstunden je Stelle	23,4	23,4	23,9	23,3	20,7	20,7	20,9	20,9	
Zusatzbedarf Innovation	**896**	**434**	**364**	**254**	**390**	**243**	**53**	**757**	**3.392**

**bei 78.104 Schülerinnen und Schülern und einer fiktiven Klassenfrequenz von 15,5 (durchschnittliche Kursfrequenz von Grund- und Leistungskursen der gymnasialen Oberstufen)*

***bei 17.325 Schülerinnen und Schülern und einer fiktiven Klassenfrequenz von 15,5 (durchschnittliche Kursfrequenz von Grund- und Leistungskursen der gymnasialen Oberstufen)*

****Geschätzt, da in der KMK-Veröffentlichung (KMK 2002, S. 154) ein offensichtlicher Druckfehler vorliegt.*

Ausweitung der Ganztagsschulangebote

Um einen deutlichen und in Richtung einer Bedarfsdeckung weisenden ersten Schritt hin zur Ganztagsschule als Regelangebot zu vollziehen, wäre eine Ausweitung ganztägiger Angebote an Grundschulen und an den Schulen der Sekundarstufe I auf 25 % aller Schulklassen (darunter alle Klassen der 120 Brennpunkthauptschulen) erforderlich. Dies würde, auf der Datenbasis 2001/02, bedeuten, dass bei der Zuweisung von fünf Wochenstunden je Klasse

mit ganztägigen Angeboten insgesamt 2.600 Stellen zusätzlich bereit gestellt werden müssten (vgl. Tabelle 12). In den kommenden Jahren müsste dieses Angebot ausgeweitet werden, um zumindest in die Nähe einer Bedarfsdeckung zu gelangen.

Ausweitung der Ganztagsschulangebote

Tabelle 12: *Lehrerstellen-Bedarfsermittlung für Ganztagsschulen (Datenbasis Schuljahr 2001/02)*

	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium SI	insgesamt
Zahl der Schulen	2.550	1.227	461	421	4.659
Zahl der Klassen*	20.976	10.149	8.702	8.073	47.900
angestrebte Ganztagsquote	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
Zahl der Klassen mit Ganztagsbetrieb	5.244	2.537	2.176	2.018	11.975
zusätzliche Lehrerstunden je Klasse	5	5	5	5	5
tatsächlich erteilte Unterrichtsstunden je Stelle	23,4	23,4	23,9	20,7	
Zusatzbedarf Ganztagsschule	**1.121**	**542**	**455**	**488**	**2.605**

**Für das Gymnasium geschätzt, da in der KMK-Veröffentlichung (KMK 2002, S. 154) ein offensichtlicher Druckfehler vorliegt.*

Die Verankerung des Fremdsprachenunterrichts in den Klassen 1 bis 4 aller Grundschulen mit zwei Wochenstunden je Klasse erfordert in erheblichem Umfang zusätzliche Stellen: Für das Schuljahr 2005/06 sind bei konstanter Klassenfrequenz (vgl. dazu Tabelle 13) knapp 1.800 Stellen erforderlich – mit danach sinkender Tendenz.

Fremdsprachenunterricht in den Grundschulen

Während einer Einführungsphase, die den Zeitraum zwischen 2004/05 und 2012/13 abdeckt, erfordert das parallele Führen von G9- und G8-Klassen nach Auskunft des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport einen personellen Mehrbedarf in Höhe von 163 Stellen.

Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre

Tabelle 13: *Lehrerstellen-Bedarfsermittlung für Fremdsprachenunterricht in der Grundschule*

	2001/02 (Ist)	2005/06	2010/11	2015/16
Schülerzahl in den Grundschulen	463.640	453.000	399.000	360.000
Zahl der Klassen bei konstanter Frequenz (22,1)	20.976	20.498	18.054	16.290
Unterrichtsstunden in Fremdsprachen/Klasse	2	2	2	2
Unterrichtsstundenbedarf	41.952	40.995	36.109	32.579
tatsächlich erteilte Unterrichtsstunden je Stelle	23,4	23,4	23,9	20,7
Zusatzbedarf Fremdsprachenunterricht	**1.793**	**1.752**	**1.543**	**1.392**

4. Die Berechnung des gesamten Mehrbedarfs als Grundlage für weitere Prioritätensetzungen

Wenn man die in der hier vorgelegten kleineren Expertise ausgewiesenen Mehrbedarfe der einzelnen Maßnahmen zusammenführt, so ergibt sich, mit Blick auf das Jahr 2005/06 (vgl. dazu Tabelle 14) ein Stellenmehrbedarf in Höhe von fast 25.000 Stellen.

Die Höhe dieser Zahl mag erschrecken und wird angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte auch abschrecken. Gleichwohl: Dem begründeten Ausweisen und der Quantifizierung von Bedarfsentwicklungen als Folge politisch gewollter Veränderungen kommt eine wichtige Funktion zu: Berechnungen dieser Art stellen die Auseinandersetzungen um die Schulen des Landes und die Suche nach Prioritätensetzungen auf ein gesichertes Datenfundament. Sie machen zudem deutlich, dass die Bildungsausgaben in Deutschland viel zu lange stiefmütterlich behandelt wurden. Ein Blick auf die entsprechenden Ausgaben des erfolgreichen

‚PISA-Landes' Schweden belegt dies mehr als deutlich. Dort, in Schweden, werden 6,5 % des Bruttoinlandsproduktes aus öffentlichen Haushalten für das Bildungswesen aufgebracht. Dies sind 151 % der 4,3 % des Bruttoinlandsproduktes, die von den öffentlichen Haushalten Deutschlands für Bildung bereit gestellt werden.

Tabelle 14: *Erhöhung des Grundbedarfs* durch einzelne Maßnahmen (in Stellen)*

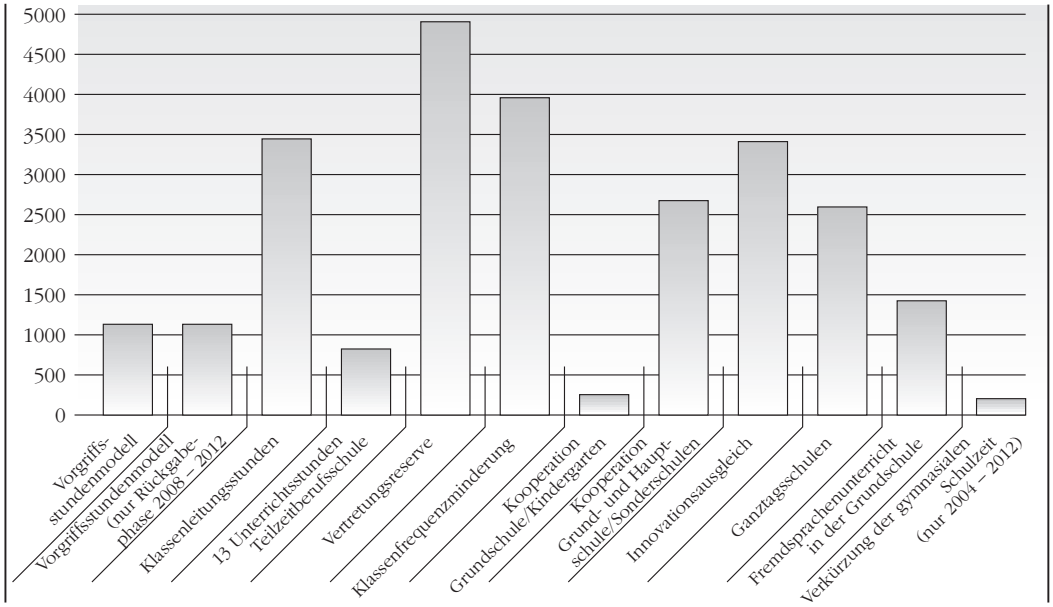
Grundbedarf 2005/06**		99.557
Sicherung des Unterrichts	Vorgriffsstundenmodell	1.100
	Vorgriffsstundenmodell (nur Rückgabephase 2008 bis 2012)	1.100
	Klassenleitungsstunden	3.392
	13 Unterrichtsstunden Teilzeitberufsschule	765
	Vertretungsreserve	4.911
Förderung	Klassenfrequenzminderung	3.977
	Kooperation Grundschule/Kindergarten	213
	Kooperation Grund- und Hauptschule/Sonderschulen	2.660
Reformen	Innovationsausgleich	3.392
	Ganztagsschulen	2.605
	Fremdsprachenunterricht in der Grundschule	1.392
	Verkürzung der gymnasialen Schulzeit (nur 2004 bis 2012)	163
Zusatzbedarf insgesamt (ohne Rückgabephase)		24.570
Bedarf insgesamt (ohne Rückgabephase)		**124.127**

**Lehrerstellenbedarf bei Fortschreibung der Schüler-Lehrer-Relationen des Jahres 2001/02*

***Berechnet auf der Datenbasis des Jahres 2001/02. Die tatsächlichen Daten würden sich parallel zur Schülerzahlenentwicklung verändern und zwischen 2008 und 2012 um die Rückgabestellen erhöhen.*

Die Bedeutung des hohen Anteils am Bruttoinlandsprodukt, den sich Schweden für sein Bildungssystem leistet, lässt sich am Beispiel der Personalausstattung der Grundschule deutlich machen: Würde Baden-Württemberg für seine Grundschulen die Schüler-Lehrer-Relation anwenden, die Schweden für seinen Primarbereich ansetzt (12,8 – vgl. dazu OECD: Bildung auf einen Blick 2002. Paris 2002, S. 325), so hätte das Land im Schuljahr 2001/02 für seine Grundschulen anstatt der gut 20.800 etwa 36.200 Stellen zur Verfügung stellen müssen: also mehr als 15.000 zusätzlich. Diese Rechnung - bezogen auf den Bereich der Grundschule - zeigt: Wenn Deutschland insgesamt und damit auch Baden-Württemberg seine Bildungsausgaben auf schwedisches Niveau anhöben, diese also mit dem Faktor 1,5 multiplizieren würden, dann wären auch in Baden-Württemberg 125.000 Lehrerstellen anstelle der jetzt knapp 100.000 Stellen finanzierbar.

Tabelle 14/1: *Pädagogisch begründeter Mehrbedarf an Lehrer/innen-Stellen*



Schlussfolgerungen

Die vorliegende Bedarfsprognose macht dreierlei deutlich:

1. Die baden-württembergischen Schulen und damit auch die Lehrerinnen und Lehrer haben in den zurückliegenden 12 Jahren, in denen die Zahl der Schülerinnen und Schüler deutlich gestiegen ist, eine massive Verschlechterung der Unterrichtsversorgung hinnehmen müssen.
   Die Zahl der neu geschaffenen zusätzlichen Stellen hat nicht ausgereicht, den Status quo der Unterrichtsversorgung des Jahres 1990 zu halten. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat darüber hinaus durch eine Reihe einschneidender Maßnahmen die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer verschlechtert und damit deren Belastung erhöht - durch Streichung von Anrechnungen und Ermäßigungen, Kürzung der Altersermäßigung, Erhöhung der Pflichtstunden für Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen in den Jahren 1997 und 2003 sowie die Einführung des Vorgriffstundenmodells für Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen im Jahre 1998.
   Die Schulen haben demzufolge in den zurückliegenden Jahren einen überdurchschnittlich hohen Beitrag zur Bewältigung des Schülerrückgangs geleistet. Die vor uns liegenden Jahre müssen deshalb vorrangig für eine Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer genutzt werden.

2. Nicht zuletzt die Ergebnisse der internationalen Schulleistungsvergleichsstudie PISA belegen, dass auch das Schulsystem in Baden-Württemberg erhebliche Defizite und Schwächen aufweist, die dringend beseitigt bzw. abgemildert werden müssen, wenn die Ziele Chancengleichheit und intensivere individuelle Förderung insbesondere benachteiligter Kinder und Jugendlicher besser erreicht werden sollen, als dies derzeit der Fall ist. Dazu brauchen die Schulen mehr Zeit.

3. Schulpolitische Reformen - so wünschenswert sie auch sein mögen - dürfen nicht zu Lasten anderer pädagogisch notwendiger Maßnahmen durchgeführt werden. So sinnvoll und richtig beispielsweise das Fremdsprachenlernen in der Grundschule auch ist - diese Reform ist nur dann vertretbar, wenn gleichzeitig sichergestellt wird, dass genügend Zeit für die individuelle Förderung der Kinder zur Verfügung steht.

Die GEW Baden-Württemberg lehnt deshalb die Streichung von Lehrerstellen ab.

Politik und Öffentlichkeit müssen wissen, dass die Streichung von Stellen in den nächsten Jahren die völlig unzulängliche Unterrichtsversorgung auf Jahre festschreibt bzw. weiter verschärft.

Die GEW fordert, gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, die Investitionen in die Bildung junger Menschen nicht zu reduzieren, sondern eher noch zu erhöhen.

Rainer Dahlem
Landesvorsitzender der GEW Baden-Württemberg

GEW Baden-Württemberg
Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Tel 07 11 / 2 10 30 -0
Fax 07 11 / 2 10 30 -55
E-Mail land@bawue.gew.de
www.bawue.gew.de